

**Stellungnahme der Landesregierung
zu den Beschlüssen des Oberrheinrats
vom 23. Juni 2014**

- 1. Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege**
- 2. Bilingualität in Grundschulen**
- 3. Europäische Krankenversicherungskarte**

1. Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege

Die Landesregierung stimmt dem Anliegen des Oberrheinrates, Jugendliche für die Bedeutung der Weltkriege zu sensibilisieren, zu.

Aus schulischer Sicht ist jedoch der Erste Weltkrieg aus naheliegenden Gründen nicht so tief im allgemeinen Bewusstsein der Deutschen verankert wie der Zweite Weltkrieg und spielt auch in den Lehrplänen der Landesregierung eine eher untergeordnete Rolle. Das Thema „Erster Weltkrieg“ wird im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe I in der Regel nicht mehr als ein bis zwei Stunden unterrichtet. Der neue Lehrplanentwurf Geschichte für die Sekundarstufe I in Rheinland-Pfalz, der 2016 in Kraft treten soll, ist kompetenzorientiert. Das heißt, die ausgewählten Inhalte werden in Bezug auf die dahinter stehenden Kompetenzen hinterfragt und steuern die Auswahl der zu vermittelnden Inhalte. Als Basisinhalt der 9. Klasse ist vorgesehen, den „Wandel des Kriegscharakters“ zu thematisieren: „von den Kolonialkriegen über den Ersten Weltkrieg zum Weltanschauungskrieg“. Die Entwicklung der letzten Jahre geht dahin, angesichts einer immer größer werdenden Stofffülle den Ersten Weltkrieg im Unterricht zu historisieren und ihn in Beziehung zu anderen Kriegen, insbesondere den Zweiten Weltkrieg, zu setzen.

Der Oberrheinrat betont, dass das Gedenken an den Ersten und an den Zweiten Weltkrieg vor allem bei den jüngeren Generationen gefördert werden muss, da der direkte Bezug durch beispielsweise familiäre Zusammenhänge zunehmend schwindet, aber gerade in der heutigen Sicht und im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen eine Erziehung hin zu demokratischer Kultur unverzichtbar bleibt und stellt fest, dass dazu ausgewählte pädagogische Konzepte notwendig sind, die das Interesse an Erinnerungsarbeit in allen Altersstufen zu wecken vermögen, und verweist auf den Ansatz, archivarisch aufgearbeitete Einzelschicksale darzustellen und somit Geschichte zu vermitteln.

Gerade weil der direkte Bezug zur Geschichte des 20. Jahrhunderts zunehmend schwindet, ist es zentrale Aufgabe von Schulen, Schülerinnen und Schüler für die Bedeutung der Demokratie und die Idee der Völkerverständigung zu sensibilisieren.

Diese Arbeit sollte sich nach den Vorstellungen der Landesregierung nicht alleine der Vermeidung von demokratiefeindlichen Haltungen widmen, sie muss auch ein positives Gegenbild setzen. Die Gleichzeitigkeit von Demokratieerziehung, Vermittlung historisch-politischen Wissens, Durchführung allgemeiner gewaltpräventiver Projekte und gezielt auf Demokratiefeindlichkeit angelegten Programme verspricht nach unserer Überzeugung die größten Erfolgchancen.

Im Bereich der Bildung muss es also darum gehen, die Demokratie in und außerhalb von Schulen als Wert erlebbar zu machen, jungen Menschen über das Wissen um demokratische Institutionen und Handlungsoptionen eine Teilhabe am demokratischen Staat zu ermöglichen, durch zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durchgeführte Gewaltprävention persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen zu trainieren und Jugendliche mit gezielten Programmen und Projekten über den Rechtsextremismus aufzuklären, für dessen Unmenschlichkeit zu sensibilisieren und zu couragierter Mitmenschlichkeit zu animieren. Alle genannten Bereiche sollen die Schülerinnen und Schüler nicht nur zur Teilhabe am demokratischen Staat befähigen, sondern auch den Wert dieser Lebensform erkennen lassen.

Zur Gedenkarbeit ist festzuhalten, dass Jugendliche sowohl den Ersten Weltkrieg wie auch das so genannte „Dritte Reich“ als ferne Vergangenheit wahrnehmen, die im Zweifel nichts mehr mit ihnen zu tun hat. Gedenkarbeit ist daher eine schwierige didaktische Aufgabe. Es gilt, Geschichte, die als fern wahrgenommen wird, näher an die Schülerinnen und Schüler zu rücken. Ein probates Mittel ist dabei die Arbeit mit Zeitzeugen. Mit dem Einsatz von Zeitzeugen wird Geschichte für Schülerinnen und Schüler begreif- und erlebbar. Allerdings gibt es für die fragliche Zeit inzwischen nur noch sehr wenige oder gar keine Zeitzeugen mehr.

Aus diesem Grund arbeitet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur auch an verschiedenen Projekten mit, die Zeitzeugenaussagen dokumentieren. So ist es Partner des ZDF-Projekts „UNSERE GESCHICHTE. Gedächtnis der Nation“. Ziel des Projekts ist es, Zeitzeugen-Aussagen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts für künftige Generationen verfügbar zu machen. Ebenso war das Ministerium im Jahr 2010 Partner bei dem SWR-Projekt „Wer hat Rheinland-Pfalz gemacht?“.

Zudem hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur die Erarbeitung und Publikation der Quellensammlung „Zeugnisse jüdischen Lebens in Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen“ unterstützt, ebenso wie den Landesverband Deutscher Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz bei der Erarbeitung einer Zeitzeugendokumentation.

Neben Zeitzeugen sind Gedenkstätten gewissermaßen die „Zeugen nach den Zeugen“ und ganz spezifische Lernorte voller Chancen. Sie bieten die Möglichkeit, sich intensiv, gegenwarts- und handlungsorientiert mit Fragestellungen historisch-politischer Bildung zu befassen. Schulische Fahrten zu Gedenkstätten werden daher von der Landesregierung finanziell unterstützt.

Viele Schulen integrieren Gedenktage oder den Besuch von Orten der Erinnerung, Gedenkstätten und Museen in ein langfristig wirkendes pädagogisches Konzept historisch-politischer Bildung. In zahlreichen Unterrichtsfächern gibt es vielfache An- und Verknüpfungspunkte. Die Fächer Geschichte, Sozialkunde, Religion oder Deutsch können dabei die Rolle eines Leitfachs spielen. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern aus Gedenkstätten, Museen, Archiven und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft erweitert die Spielräume und den Horizont historisch-politischer Bildung in der Schule. Um Stereotype abzubauen und einem aggressiven Nationalismus entgegenzuwirken, sind insbesondere auch Schülerbegegnungen und Schulpartnerschaften zu nennen, die vom Bildungsministerium breit unterstützt werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (LpB) bietet insbesondere in und um die Gedenkstätten KZ Osthofen und SS-Sonderlager/KZ Hinzert ein vielfältiges Angebot zur Auseinandersetzung mit Themen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Die Thematik wird auch in vielen Kooperationen sowohl im Land wie auch grenzüberschreitend, insbesondere mit Verbindungen nach Luxemburg, Frankreich und Polen bearbeitet. In den Gedenkstätten beschäftigen sich ständig steigende Anzahlen von Schulklassen (inzwischen über 500 Klassen jährlich) mit teils großer Intensität mit Ursachen und Folgen der Kriegspolitik der Nationalsozialisten.

Die Angebote der Dauerausstellungen sowie das Informations- und Beratungsangebot des NS-Dokumentationszentrums in Osthofen werden ergänzt durch eine Vielzahl von Veranstaltungen und Veröffentlichungen zum Thema.

Die Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert stehen in regelmäßigem Kontakt zu elsässischen Einrichtungen und Organisationen, die sich mit der NS-Vergangenheit während der deutschen Okkupation des Elsass 1940-1945 befassen. Partner sind das Centre Européen du Résistant Déporté (die Gedenkstätte zum KZ Natzweiler-Struthof), das Mémorial Alsace-Moselle in Schirmeck und die Association des Amis de la Fondation pour la Mémoire de la Déportation in den Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin.

Bei den grenzüberschreitenden Aktivitäten werden gedenkstättenpädagogische Fragen aus französischer und deutscher Perspektive erörtert. Mit dem Tomi Ungerer-Museum in Straßburg zusammen zeigt die Gedenkstätte KZ Osthofen nach der Ausstellung „Gedanken bleiben frei!“ vor vier Jahren im ersten Quartal 2015 eine Ausstellung mit Werken des elsässischen Künstlers Ungerer zum Warschauer Ghetto im Kontext des im Diogenes-Verlag vertriebenen Buches von Zvi Kolitz „Jossel Rakovers Wendung zu Gott“.

In den Bereichen der NS-bezogenen Gedenkarbeit bietet die LpB auch immer wieder Lehrerfortbildungen an. Seit 2009 führt sie mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier (ADD) und mit Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur gemeinsam mit dem Bildungskuratorium der Woiwodschaft Oppeln (Bildungskuratorium) Studienfahrten zu den drei Gedenkstätten Lambinowice (Lamsdorf), Osthofen und Hinzert durch.

Schließlich trägt die LpB Rheinland-Pfalz mit dem Verband der Badischen Städte in der Arbeitsgemeinschaft zur Unterhaltung und Pflege des Deportiertenfriedhofs in Gurs sowie Bezirksverband Pfalz zur Erinnerungsarbeit zum Lager Gurs in Südfrankreich bei, in das 1940 die ersten großen Deportationen von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus dem Südwesten Deutschlands führten. Gemeinsam mit der LpB Baden-Württemberg wird die LpB Rheinland-Pfalz im Sommer 2015 ein Programmheft für die Veranstaltungen zur 75jährigen Wiederkehr der Deportationen nach Gurs (Oktober 2015) herausgeben, die in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz von unterschiedlichen Trägern durchgeführt werden.

2. Bilingualität in Grundschulen

Die Landesregierung schließt sich der Empfehlung des Oberrheinrates zur Bilingualität in Grundschulen an und begrüßt den Einsatz des Oberrheinrates zur Umsetzung der Resolution zum „Stand und Weiterentwicklung der Bilingualität Deutsch/Französisch in der Oberrheinregion“. Insbesondere die möglichst früh zu fördernde Sprachkompetenz in Grundschulen zu unterstützen, wird auf Landesebene ebenfalls weiterhin ausgebaut. Dies wird sicherlich zu einer größeren Akzeptanz und zu mehr Verständnis von klein auf beitragen und somit den europäischen Gedanken stärker verankern.

Auf rheinland-pfälzischer Seite gibt es zurzeit vier Grundschulen, die ein bilinguales Angebot mit den Unterrichtssprachen Deutsch/Französisch bereithalten und zwölf Grundschulen, die Französisch als integrierte Fremdsprachenarbeit anbieten. Insgesamt lernen hier 1.862 Schülerinnen und Schüler Französisch. Der Unterricht basiert auf dem Teilrahmenplan Fremdsprache in der Grundschule, der auf den europäischen Referenzrahmen bezogen ist.

Zurzeit liegen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur keine Anträge zur zusätzlichen Einrichtung von bilingualen Grundschulen im Oberrheingebiet vor.

Aus Sicht der Landesregierung wird das Ziel, dass alle Grundschülerinnen und Grundschüler der Oberrheinregion die Sprache des Nachbarn lernen sollen, mittelfristig jedoch nicht erreichbar sein. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Zum einen fehlt die notwendige Anzahl an Lehrkräften, die eine Ausbildung im Fach Französisch haben, zum anderen wünschen die Eltern wieder verstärkt Englisch in der Grundschule.

Das Konzept der Integrierten Fremdsprachenarbeit in rheinland-pfälzischen Grundschulen sieht vor, dass die Schule entscheidet, welches Sprachangebot sie unterbreitet. Ob dies Englisch oder Französisch ist, hängt von der personellen Ausstattung der einzelnen Schule mit Lehrkräften mit Qualifikation im Fach Englisch oder Französisch ab. Bei der Integrierten Fremdsprachenarbeit lernen die Schülerinnen und Schüler ganzheitlich in Sinnzusammenhängen. Das Fremdsprachenlernen erfolgt somit nicht isoliert, sondern umfassend und in Verbindung mit vielen Unterrichtsinhalten in unterschiedlichen Lernbereichen.

Rheinland-Pfalz wird die bilingualen Züge in den vier Grundschulen beibehalten und die Integrierte Fremdsprachenarbeit Französisch weiter fördern.

Darüber hinaus beteiligen sich die rheinland-pfälzischen Grundschulen an Projekten wie Écoles Voisines / Nachbarschulen (Verbesserung der Sprachkenntnisse und interkultureller Kompetenzen bei Lehrerinnen und Lehrern), Projekt échange (grenznaher Lehreraustausch), TriProCom (Erwerb von Sprachkenntnissen während der beruflichen Ausbildung) und TRILINGUA (frühes Sprachenlernen in Kindergarten und Grundschule).

Bei allen grenzüberschreitenden Projekten ist die Begleitung durch das Pädagogische Landesinstitut (PL) gewährleistet. Unterstützt werden die bilingualen Grundschulen u.a. auch durch die Zuweisung zusätzlicher Sprachassistenten vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD). Dadurch wird das Prinzip des Einsatzes von Muttersprachlern an den Schulen noch gestärkt. Finanziert werden die grenzüberschreitenden Projekte durch zugewiesene Gelder des Referates für Europäische und internationale Zusammenarbeit des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur.

2. Europäische Krankenversicherungskarte

Die Landesregierung hat die Empfehlung zur Europäischen Krankenversicherungskarte lediglich nachrichtlich vom Oberrheinrat erhalten. Sie begrüßt diese aber und den darin geäußerten Vorschlag, sich dafür einzusetzen, dass eine ein-

heitliche Regelung zum Ausstellungsverfahren der Europäischen Krankenversicherungskarte herbeigeführt wird.

Die Landesregierung schließt sich der Auffassung des Oberrheinrates an, dass die Regelung mit einer getrennten Karte, welche die Bürgerinnen und Bürger zu jährlichen Behördengängen zwingt, vermeidbar wäre.

Es wäre zu begrüßen, wenn es dem französischen Staat gelingt, dieselbe Regelung einzuführen wie diejenige, die von anderen europäischen Staaten, wie auch Deutschland, angenommen wurde, bei der die europäische Krankenversicherungskarte auf der Rückseite der französischen „Carte vitale“ angebracht wäre.

Die Landesregierung begrüßt weiterhin den Vorschlag des Oberrheinrates, dass die Europäische Verbraucherzentrale in Kehl als Verbindungsstelle zu der nationalen Verwaltung fungieren möge, um eine baldige Erledigung dieser Angelegenheit herbeizuführen.